

# Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Organ des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins.

Redaction und Expedition: Berlin, Dresdnerstraße Nr. 85.

Redigirt von J. V. v. Hoffkotten und J. V. v. Schweizer.

Abonnements-Preis für Berlin incl. Bringerlohn: vierteljährlich 18 Sgr., monatlich 6 Sgr., einzelne Nummern 1 Sgr.; bei den Königl. preussischen Postämtern 22 1/2 Sgr., bei den preussischen Postämtern im nichtpreussischen Deutschland 18 3/4 Sgr., im übrigen Deutschland 1 Thlr. (fl. 1. 45. Südd., fl. 1. 50. Österr. Währ.) pro Quartal.

Bestellungen werden auswärts auf allen Postämtern, in Berlin auf der Expedition, von jedem soliden Expeditur, von der Expres-Compagnie, Scharrenstr. 1, sowie auch unentgeltlich von jedem „rothen Dienstmann“ entgegen genommen. Inserate (in der Expedition aufzugeben) werden pro dreigespaltene Petit-Zeile bei Arbeiter-Annoncen mit 1 Sgr., bei sonstigen Annoncen mit 3 Sgr. berechnet.

Agentur für England, die Colonien und die überseeischen Länder: Mr. Bender, 8. Little New-Port-Street, Leicester-Square W. C. London.  
Agentur für Frankreich: G. A. Alexandre, Strassbourg, 5. Rue Brulée; Paris, 2. Cour du Commerce Saint-André-des-Arts.

## Politischer Theil. Deutschland.

\* Berlin, 6. Nov. [In der Drohnotegeschichte] ist jetzt auch die Antwort der österreichischen Regierung auf die erste Frankfurter Note bekannt geworden. Dieselbe lautet:

Erhaltenem Auftrage gemäß beehrt sich der Oesterreichische Geschäftsträger, Seiner Hochwohlgeboren, dem Herrn älteren Bürgermeister, mitzutheilen, daß von Seiten der k. k. Regierung die Note des Senats vom 20. Octbr. nicht als Antwort auf ihre Depesche vom 8. d. angesehen werden kann, da ersteres Allenfalls Behauptungen und Ausdrücke der bezogenen Depesche unterschiebt, welche in derselben gar nicht gebraucht worden sind. Die k. k. Regierung findet, daß es dem Senate freistand, identische Antworten zu ertheilen, nicht aber ihre Depesche unrichtig zu citiren.

Frankfurt a. M., 26. Oktober 1865.

v. Frankenstein.

Der Frankfurter Senat hat hierauf in einer Note geantwortet, in welcher er die in der ersten Note gewählte Form mit Recht daraus erklärt, daß gewisse Ausdrücke und Wendungen der österreichischen Depesche die Voraussetzung einer vollen Gemeinsamkeit der beiden Großmächte als berechtigt hätten erscheinen lassen. Ja, diese Gemeinsamkeit liegt in der ganzen Art und Weise des Auftretens der beiderseitigen Regierungen überhaupt. Es mag richtig sein, daß vom Standpunkte der strengen Form die erste Antwort des Frankfurter Senats nicht ganz correct gewesen ist; politisch genommen aber war es ganz gut, daß derselbe die österreichische Regierung fühlen ließ, daß sie für Alles, was die preussische Regierung geschrieben, mit verantwortlich ist. Es ist in der That naiv von den Herren in Oesterreich, zu glauben, sie hätten Anspruch auf eine mildere Beurtheilung, weil sie eine andere Form gewählt, während sie doch in der Hauptsache mit der preussischen Regierung Hand in Hand gingen. Beiläufig gesagt, sollte man immer nur von einer österreichischen und preussischen Regierung, nicht von Oesterreich und Preußen sprechen — nur die ersteren Ausdrücke sind correct.

\* Die betreffende Stelle in der Frankfurter Note lautete:

Der Senat muß es als mit den Fundamentalgesetzen des Bundes, sonach auch mit dem Rechte in Widerspruch stehend betrachten, wenn in den völkerechtlichen Verein der Deutschen souveränen Fürsten und freien Städte, welcher errichtet ist zur Bewahrung der Unabhängigkeit und Unverletzbarkeit ihrer im Bunde begriffenen Staaten und zur Erhaltung der inneren und äußeren Sicherheit Deutschlands, welcher in seinem Innern besteht als eine Gemeinschaft selbständiger, unter sich unabhängiger Staaten, mit wechselseitigen gleichen Vertragsrechten und Vertragsobligationen, wenn in einem solchen Vereine ein Bundesstaat dem anderen gegenüber von „nicht dulden“ und „nicht gestatten“ reden und zu einer Aeußerung, wie der folgenden, gelangen wollte: „durch eigenes Eingreifen weiteren Folgen unzulässiger Rücksicht vorzubeugen.“

Zur Sache selbst erklärt sodann der Frankfurter Senat sehr gut wie folgt:

Unterzeichneter erlaubt sich übrigens mit derjenigen Offenheit, zu welcher sich der Senat gegen die k. k. Regierung stets verpflichtet fühlt, Nachfolgendes anzufügen.

Der Senat kann sich der Wahrnehmung nicht verschließen, daß sich im gesammten Deutschland das Bedürfnis nach einer Veränderung in der politischen Organisation mehr und mehr fühlbar macht.

Ueber die Form der Veränderung haben sich die Ansichten bis jetzt ebensowenig geklärt, als über die rechten und gerechten Mittel, um zu diesem Ziele zu gelangen.

Das Ringen nach diesem Ziele findet seinen Ausdruck in Vereinen, Versammlungen und in der Presse.

Alle leiden aber unter dem Mangel an Klarheit, welcher über der ganzen Frage liegt, und daher erwachsen Verirrungen, welche zu Zeiten in allen jenen Erscheinungen zu Tage treten. Solche Verirrungen werden aufhören, sobald es den Regierungen gelingt, eine Form für diese Veränderungen zu finden, deren Nothwendigkeit allseits anerkannt ist.

Inzwischen werden solche Verirrungen dem Gesetze verfallen müssen, soweit sie mit demselben im Widerspruch stehen. Gewaltiges Einschreiten dürfte, mit Rücksicht auf das anerkannte Bedürfnis, aus welchem die Bewegung hervorgegangen ist und weil ihm darum jede Befriedigung fehlt, dauernde Ruhe zu verschaffen nicht geeignet sein.

— [Die Impotenz der Bourgeoisie] wird allmählig von ihr selbst erkannt und eingesehen. So schreibt dem „Frankf. Courier“ ein Berichterstatter über den Eindruck, den die General-Versammlung des National-Vereins machte:

Bezugnahme auf die in Deutschland durch die „Vormächte“ drohende allgemeine Reaction:

Düsten wir uns wundern, wenn unter diesen Umständen die Bewohner der Kleinstaaten anfangen, darüber nachzudenken, wie sie sich unter allen Umständen vor Vergewaltigungen sichern können? In einer in Coburg erschienenen Schrift ist der Plan zu einer Agitation für diesen Zweck entworfen. Die freigesinnten Männer aller deutschen Länder sollen aufgefodert werden, sich an einem „Tage“ zu versammeln, und die Mittel des Widerstandes gegen die Großmächte und die ihnen folgenden Mittel- und Kleinstaaten zu berathen und zu einer Action für die Erhaltung der nationalen Freiheit zu schreiten. „Die Färksten, heißt es in der Schrift, sollen in unzweideutigster Weise die wahre Volksstimmung erfahren und die Wahl haben, sich endlich dem Volke anzuschließen und ihre eigene Bedrängnis unter des Volkes Flügel zu retten, oder sich zu Basallen der Großmächte zu erniedrigen und den Sturm der vergeltenden Gerechtigkeit auch gegen sich herandräusen zu hören.“ Dabei kann es sich nicht mehr um einen „Nationalverein“, sondern um eine „Nationalpartei“ handeln, welche entschlossen ist, zur Action zu schreiten, sobald sie sich stark genug fühlt. Dabei kann es sich natürlich nur um gesetzliche Agitationen handeln, es würde aber viel erreicht werden können, wenn diese gleichzeitig an allen Orten Deutschlands unternommen würden, wo das Vereinsrecht noch Raum dazu gestattet. — Von der Durchführung einer Bundesreaction könnte bei solcher Opposition nicht die Rede sein, denn diese würde ihr in jedem deutschen Lande entgegenstehen, und Preußen und Oesterreich müßten ganz Deutschland, die eigenen Provinzen eingeschlossen, besetzen lassen, um ihm ihren Willen aufzuzwingen. Damit wäre die neue Reaction von vornherein paralytisch, und es deshalb von großer Wichtigkeit, daß auf den von Thüringen ausgegangenen Plan geachtet und demselben Folge gegeben wird, wo die Verhältnisse es irgend wie gestatten. Wir bedürfen einer Nationalpartei, die sich ein gleiches Ziel setzt, wie die Italiens, wo die Agitation bekanntlich nie ruhte, sondern unter den schwierigsten Verhältnissen aufrecht erhalten wurde, und deshalb auch erreichte, was sie erstrebte.

Der „Rhein. Ztg.“ schreibt man von hier mit

bekannt geworden, welches den Redactionen der  
Hessburger Zeitungen Seitens der Polizeibehörde  
zugestellt wurde. Darnach darf in Zukunft weder  
„Er. Hoheit der Herzog“ noch auch bloß „der  
Herzog“ u. dgl. mehr vom Augustenburger gesagt  
werden. Daß man solche Dinge verbieten muß,  
beweist, wie hartnäckig in den Herzogthümern die  
Stimmung gegen die preussische Regierung ist.

— [Ueber die geführte Arbeiter-versamm-  
lung] in der „Albambra“ berichten wir weiter  
hinten unter eigener Rubrik.

— [Aus Amerika] hört man, daß der Fe-  
niercongrès über wichtige geheime Maßregeln  
schlüssig geworden sei. Die Delegirten wollen per-  
sönlich eine halbe Million Dollars zeichnen und  
große Summen sind versprochen worden. Die Zahl  
der dem Congresse anwohnenden Unionsoffiziere hat  
sich vermehrt. Sweeny, General der regulären  
Armee, ist eingeführt worden und Oberst Murphy  
bot dem Congresse die Dienste von 20 Obersten  
der früheren Freiwilligen-corps der Union an.

\* **Wien, 2. Nov.** [Zur großen Staats-  
confusion.] Der Kaiser, so heißt es, wird den  
ungarischen Landtag in Person eröffnen; in  
Wien arbeitet man schon an der Thronrede, in Pesth  
an Triumpfpforten u. s. w. Indessen liegen sich  
aber die ungarische und die deutsche Presse ärger  
als je in den Haaren. Selbst die „Presse“, welche  
seit Erscheinen des September-Patents eine mehr  
vermittelnde Stellung einzunehmen trachtete und  
zur Versöhnung rieth, hält es für ihre Pflicht, zu  
erklären, daß sie den Gang, welchen die Ideenbe-  
wegung neuestens in Ungarn genommen habe, für  
staats- und freiheitsgefährlich halte. Anlaß zu  
dieser Anklage giebt der „Presse“ ein Artikel  
des „Naplo“, worin gesagt ist, daß die Reichsver-  
tretung nicht daran denken dürfe, die ungarischen  
Beschlüsse zu „revidiren“. Dem gegenüber bemerkt  
das arme Blatt: „Wir wollten pactiren und nicht  
unterjochen. Ungarn will nicht pactiren, es will  
herrschen. Wir weisen dieses Gelüste mit Ent-  
rüstung zurück.“ Wird viel helfen, diese Entrüstung  
geduldiger Schafe gegen die kräftig und entschlossen  
auftretenden Ungarn! — Vor kurzem versicherte man  
mit Bestimmtheit, daß das Anlehen zu dem  
Course von 60 mit 2 pCt. Provision abgeschlossen  
worden sei. Neuestens wird jedoch gemeldet, daß  
der Abschluß noch nicht erfolgt sei. Die Verhand-  
lungen sollen sich gegenwärtig um die Herbeischaf-  
fung eines neuen Vorschusses drehen, hierbei aber  
sehr bedeutende Schwierigkeiten zu überwinden sein,  
so daß es fraglich ist, ob diese Verhandlungen den  
entsprechenden Erfolg haben werden. (Vergl. Paris,  
Tagesbericht.)

Aus Pest, 3. Nov. wird berichtet: Heute wurde  
hier ein Comité ernannt, um die Festlichkeiten zum  
Empfange des Kaisers vorzubereiten. In der ersten  
Sitzung wurde die Decorirung der Straßen, Er-  
richtung eines Triumphbojens und eine allgemeine  
Illumination beschlossen. Der Aufenthalt Sr. Ma-  
jestät hier soll auf drei Monate bemessen sein.

### Ausland.

**H. Paris, 4. November.** [Revolutionäre  
Tendenz in Spanien. Politische Gerüchte

Progressisten unmöglich mache. — General Prim  
bat sodann den Gedanken Dlozaga's noch ent-  
schiedener ausgedrückt: „Wenn die traditionellen  
Hindernisse, rief er aus, „uns noch ferner den Weg  
versperren werden, so werden wir sie zertrümmern!“  
— Alle Liberalen, selbst O'Donnel, sollen unzufrieden  
und entschlossen sein, mit den Progressisten zu  
gehen. Es wurde ein Comité zur Feststellung des  
Verhaltens während der Wahlen ernannt. Der  
alte Coparero figurirt darin als Präsident, Dlo-  
zaga als Vicepräsident. Nächstens werden wir  
auch die Beschlüsse der radicalen Partei erfahren.  
Ohne Zweifel wird sich nun die ganze Opposition  
bei den Wahlen enthalten, aber nicht um die Hände  
in den Schooß zu legen. — Aus Italien treffen  
allerlei beunruhigende Gerüchte ein, welchen ich nicht  
den geringsten Glauben schenke. Man darf nicht  
vergeffen, daß es sich heute wieder, wie unmittelbar  
nach dem italienischen Kriege, um die Existenz der  
Feinde Italiens, der Jesuiten und Legitimisten  
handelt, und daß daher, wie damals, diese Feinde  
in ihrer Verzweiflung zu dem letzten Mittel greifen,  
welches ihnen noch übrig bleibt: zu Lügen und  
Verleumdungen. So heißt es, der König oder sein  
Sohn, den er die Rolle spielen lassen wolle, beab-  
sichtige einen Staatsstreich, die Aktionspartei werde  
sich dann erheben, und die Revolution werde sodann  
durch Frankreich unterdrückt werden. — Alles das,  
um die zeitliche Gewalt des Papstes zu retten, ein  
Concordat mit Rom und einen Vertrag mit Oester-  
reich abzuschließen, also um Rom und Venedig  
aufzugeben. Diese plumpen Lügen sind wie leicht  
abzusehen ist, darauf angelegt, Zwiespalt zwischen  
Volk und Regierung in Italien zu säen, und die  
obnehin schwer zu lenkende neue Kammer zu Schritten  
zu veranlassen, welche deren Auflösung herbeiführen  
müßten. Ich glaube, wie gesagt, von alledem kein  
Wort. Selbst wenn der König zu Gunsten seines  
Sohnes abdankte, selbst wenn die Kammer aufge-  
läßt würde, so könnte es nur geschehen, um eine  
neue, entschiedene Politik möglich zu machen, die  
dem klar ausgesprochenen Willen des Landes  
Rechnung trüge, also gerade zu dem jenen Instana-  
tionen entgegengesetzten Zwecke. In den ita-  
lienischen Angelegenheiten geht man selten fehl,  
wenn man das Gegentheil der von Reaktionenären  
ausgestreuten Gerüchte als die Wahrheit annimmt.  
Ich habe diese Anschauungsweise seit dem italie-  
nischen Kriege stets bewährt gefunden. — Ueber  
die französische Politik, welche fortan in Algerien  
maßgebend sein soll, werden wir nun endlich in's  
Reine kommen. Der „Brief über die Politik  
Frankreichs in Algerien, vom Kaiser an den Mar-  
schall Mac-Mahon, Herzog von Magenta, General-  
Gouverneur Algeriens, gerichtet“, wird heute ver-  
öffentlicht. Die Auszüge, welche die Journale schon  
seit gestern Abend daraus bringen, zeigen, daß

Theilnahme des Cabinets der Tuilerieen zu ver-  
sichern. Was hat Graf Bismarck in Paris ausge-  
richtet? Am Donnerstag Besuch bei Drouyn de  
Lhuys und mehreren Mitgliedern der Diplomatie  
und Abends Concert im Circus der elysäischen  
Felder; am Freitag Besuch beim Kaiser und Diner  
in St. Cloud; am Sonnabend ihm zu Ehren im  
Ministerium des Auswärtigen großes Zwedessen,  
dem Grafen v. d. Goltz, Rouher, Behic, Randon,  
General Fleury und andere Notabilitäten des  
Hofes anwohnten. „Wie man sieht, hat Graf von  
Bismarck seinen dreitägigen Aufenthalt in Paris  
vortreflich angewandt!“ bemerkt die „France“ mit  
seinem Vächeln zu dieser Mittheilung und fügt hinzu,  
daß Graf Bismarck morgen früh die directe Rück-  
reise nach Berlin antreten werde. — Der un-  
glückliche Herr v. Befe (der Unterhändler für  
die österreichische Anleihe) ist noch immer fest auf  
trocendem Sande und kann froh sein, daß der Chef  
der Großmacht Rothschild endlich gerührt, mit dem  
Verollmächtigten des bittstellenden Hofes morgen  
nach London zu gehen, um zu sehen, ob sich dort  
zu einem Abschlusse kommen läßt. — Der Hof  
wird zwischen dem 12. und 15. v. M. nach Com-  
piègne übersiedeln. — Die „Nive Ganche“,  
deren Erscheinen in Brüssel seit der Ausweisung  
der Herren Rogeard und Longuet unterbrochen  
worden war, hat aus Neue das Tageslicht er-  
blickt. Ein belgischer Verleger, Herr Fontaine, hat  
die Verantwortlichkeit der Herausgabe übernommen.  
— Blangui hält sich seit seiner Flucht aus fran-  
zösischer Haft in Brüssel auf. — Auch Spanien  
ist der internationalen Gesundheitskommission  
beigetreten. — Die Abnahme der Cholera ist so  
stetig in Paris, daß gestern dajelbst nur 52 Fälle  
constatirt wurden. Auch die Cholerafälle sind bei  
guter Behandlung nicht mehr hartnäckig.

\* **Italien.** [Die Wahlen. Zum Räu-  
berwesen. Keine Unterhandlungen mit  
Rom.] Das Ministerium glaubt drei Viertel der  
Deputirten zu seiner Partei rechnen zu dürfen: es  
würden dann für die demokratische Opposition etwa  
110 und für die Clerikalen, Bourbonisten und Au-  
tonomisten etwa 15 bis 20 Stimmen bleiben. Bei  
dieser Berechnung aber ist der Differenz zwischen  
der alten Majorität und dem um Rattazzi geschwor-  
nen besonderen Theil keine Rechnung getragen, was  
allerdings in sofern angehen dürfte, als sich das  
gegenwärtige Cabinet niemals mit einer bestimmten  
Fraction vollständig identificirt hat. Indes ist  
man Rattazzi's keineswegs sicher und ebenso wenig  
der Piemontesen, die immer ihren eigenen Weg  
gehen wollen. Sie bilden so zu sagen eine Partei  
mit Unterbrechungen: heute treten sie in geschlosse-  
ner Reihe auf und morgen zerstreuen sie sich unter  
die ständigen Fractionen. In den inneren Ange-  
legenheiten werden sie mit der Regierung gehen,  
so lange die piemontesischen Municipal-Interessen  
nicht ins Spiel kommen; bei der römischen Frage  
aber wird man sie auf Seiten der Linken finden.  
Im Ganzen kann jetzt Niemand mehr in Abrede  
stellen, daß bei dem Wahlkampfe die Linke die  
Ehren des Tages davon getragen. Doppel-  
wahlen sind fast nur den Mitgliedern der vorge-  
rückteren Partei zu Theil geworden, das allein  
genüge zum Beweise jener Behauptung. Die Ga-  
ribaldianer Fabrizzi und Caroli sind jeder von  
drei verschiedenen Wahlcollegien, Garibaldi, Crispi,  
Mordini, Nicotera, Bianciani, Nicciardi, Guerazzi  
und andere demokratische Notabilitäten sind doppelt  
gewählt worden. Bei den anderen Parteien sind  
Ehren dieser Art dünn gesät. Doch ist es leider  
da und dort, auch in der Lombardei, vorgekommen,  
daß Clericale über Nothe gestreht haben. — Anto-  
netti scheint einigermaßen zeigen zu wollen, daß er  
dem Räuherwesen Einhalt zu thun gedenke.  
Die päpstlichen Gensd'armen haben in der Nacht  
vom 3. auf den 4. Nov. auf dem Gebiete von  
Terracina eine Bande angegriffen und den Räuher-  
hauptmann Silvestra gefangen genommen. — Die  
„Italie“ will laut einer telegraphischen Depesche  
aus Florenz vom 3. November weder von neuen  
Verhandlungen mit Rom, noch von der An-  
wesenheit eines päpstlichen officiösen Unterhändlers  
in Florenz etwas wissen. — Die „Independance  
Belge“ rementirt ausdrücklich die Gerüchte von einer  
beabsichtigten Abdankung des Königs von Italien.

seine auswärtige Politik beträfe, der unbedingten